

Juli 2023

Länderbericht

Multilateraler Dialog Genf

Genfer Großwetterlage

**Entwicklungen in den Genfer Internationalen Organisationen
Ende April bis Mitte Juli**

Olaf Wientzek, Sarah Ultes, Cedric Amon, Anja Maria Rittner, Lea Simon

Die „Genfer Großwetterlage“ wirft in unregelmäßigen Abständen einen Blick auf ausgewählte Entwicklungen der in Genf ansässigen internationalen Organisationen.

Traditionell sind die Monate vor Sommerbeginn im internationalen Genf geschäftig: Neben der Weltgesundheitsversammlung (WHA)¹ finden auch die wichtigste jährliche Konferenz der ILO, die Internationale Arbeitskonferenz und eine Sitzung des UN-Menschenrechtsrats statt. Hinzu kam Anfang Juli auch der jährliche Gipfel zu Künstlicher Intelligenz. Besorgniserregende Zahlen veröffentlichte das UN-Flüchtlingshilfswerk in seinem jährlichen Bericht, mahnende Worte kamen auch von der WMO. In mehreren Organisationen stand die dramatische Situation im Sudan im Fokus.

Parallel laufen Vorbereitungen für wichtige Meilensteine des kommenden Jahres: In der WHO gab es bei den Diskussionen zum Pandemievertrag erste Bewegungen, bei der WTO schreiten mit Blick auf die Ministerkonferenz im kommenden Jahr kritische Dossiers in unterschiedlichem Tempo voran.

Flucht und Migration

Anklage gegen Zustand der Welt – neuer Flüchtlingsbericht des UNHCR

Am 14. Juni 2023 legte das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) seinen neuen Bericht zu globalen Flüchtlingstrends vor.² Er konzentriert sich vorwiegend auf die Entwicklungen im Kalen-

derjahr 2022, in welchem mit 108,4 Mio. Menschen auf der Flucht der höchste (gemessene) Anstieg im Laufe eines Jahres zu verzeichnen war. Durch die jüngsten Kampfhandlungen im Sudan ging das UNHCR bis Mitte Juni 2023 bereits von 110 Mio. Vertriebenen aus. Der Anstieg geht neben den massiven Fluchtbewegungen durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine auch auf eine Korrektur der Zahlen von aus Afghanistan stammenden Flüchtlingen im Iran und in Pakistan zurück. Weiterhin gelten anhaltende oder neue Kriege und Konflikte als Hauptursache für Flucht und Vertreibung. Während das UNHCR mit immer mehr Notfällen konfrontiert ist, spürt es ebenso wie andere humanitäre Organisationen einen stärkeren finanziellen Druck. Bis Juli 2023 gingen lediglich 36% der benötigten Gelder ein³, weit weniger als zum gleichen Zeitpunkt im Vorjahr. Die Lage im Sudan bereitete UN-Hochkommissar Grandi besondere Sorge.

Konsequenzen nach Schiffstragödie im Mittelmeer gefordert

Infolge des am 14. Juni 2023 gesunkenen Flüchtlingsboot mit mehr als 700 Menschen an Bord, unterstrichen das UNHCR als auch IOM in einer gemeinsamen Stellungnahme erneut⁴, dass Suche und Rettung auf See („Search and Rescue“) ein rechtliches und humanitäres Gebot darstellen, zu

¹ Mehr zur WHA in unserer [Genfer Depesche](#)

² Der jüngste Global Trends Report des UNHCR findet sich [hier](#), eine Zusammenfassung [hier](#) und eine [Darstellung](#) der jüngsten Trends, zusammen mit den größten Beitragszahlern [hier](#).

³ Eine Übersicht zur Finanzlage des UNHCR [hier](#).

⁴ Die gemeinsame Stellungnahme findet sich [hier](#).

welchem sowohl Kapitäne als auch Staaten verpflichtet seien. Angesichts dessen, dass das Mittelmeer Jahr für Jahr die weltweit tödlichste Migrationsroute darstelle, müssten Staaten zusammenkommen, um die Lücken bei der proaktiven Suche und Rettung, der schnellen Ausschiffung und sicheren regulären Wegen zu schließen. Die Rettung von Menschenleben und die Menschenrechte von Migranten müssten im Zentrum stehen. Mindestens 27,674 Menschen (48%) aller Migranten, welche seit 2014 vermisst werden, verloren ihr Leben im Mittelmeer. Allein seit Jahresbeginn starben hier bereits mindestens 1916 Menschen, die meisten auf der zentralen Mittelmeerroute von Libyen nach Italien. Selbige nahm auch das Unglücksschiff vom 14. Juni. Das IOM geht hierbei derzeit von mindestens 596 Toten aus.⁵ Auf der 53. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates wurde eine von Mexiko eingebrachte Resolution im Konsens angenommen, welche Staaten u.a. aufruft, ihre Migrationspolitiken und -praktiken mit internationalen Menschenrechtsnormen in Einklang zu bringen.⁶

Neue Leitung der IOM

Am 15. Mai 2023 wurde die US-Amerikanerin Amy Pope in einer geheimen Kampfabstimmung zur neuen Generaldirektorin der Internationalen Organisation für Migration (IOM) gewählt. Sie konnte 98 Stimmen der 171 anwesenden Mitgliedsstaaten auf sich vereinigen und wird damit als erste Frau auf dem Posten den aktuellen Amtsinhaber António Vitorino (Portugal) bereits nach einer Amtszeit am 1. Oktober ablösen. Vitorino war offizieller EU-Kandidat und erst der zweite nichtamerikanische Generalsekretär in der Geschichte der Organisation. Derzeit ist Pope stellvertretende Generaldirektorin für Management und Reform. Von einigen Beobachtern wurde die Kampagne der USA für Pope als aggressiv wahrgenommen. Auf EU-Seite war man von der Kandidatur Popes wenig überraschend - nicht begeistert, allerdings standen laut einigen Quellen auch nicht alle EU-Staaten sofort geschlossen hinter Vitorino. Damit errangen die USA unter der Biden-Administration

nach der ITU die Leitung einer weiteren wichtigen Genfer Organisation.

WMO schlägt Alarm

Auch die Spitze der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) wird ab 1. Januar 2024 weiblich: die mit großer Mehrheit gewählte Argentinierin Prof. Celeste Saulo wird den Finnen Petteri Taalas nach Ablauf seiner zweiten Amtszeit als Generalsekretär ablösen. Sie erhielt 108 von 193 Stimmen in geheimer Wahl, und setzte sich gegen Wenjian Zhang (China, 37 Stimmen), Elena Manaenkova (Russland, Schweiz, 7 Stimmen) und Albert Martis (Curaçao, 4 Stimmen) durch. In ihrer Antrittsrede legte Saulo u.a. dar, sich für die vom Klimawandel am meisten betroffenen Länder einzusetzen. Gleich in der ersten Juliwoche sah sich die Organisation sodann mit den global höchsten je aufgezeichneten Temperaturen (0,3°C über dem bisherigen Rekord von 2016) konfrontiert. Die dramatischen Rekordtemperaturen des Nordatlantiks mit 1,5°C über dem Durchschnitt sorgten laut WMO derzeit für Extremwetter in Europa, auch maritime Ökosysteme würden signifikant beeinträchtigt. Durch das erneute Auftreten des El Niño Effektes wird das 1,5°C Ziel in den kommenden 5 Jahren höchstwahrscheinlich überschritten werden. Äußerst ungewöhnlich und besorgniserregend sei auch die Eisschmelze in der Antarktis um 1,5 km² im Vergleich zum Vorjahr. Im Vergleich zur Arktis galt die Antarktis bisher als relativ stabil. Mit andauernder Datensammlung werde die Schmelze in den kommenden Jahren vermutlich auch dem Klimawandel angerechnet werden können.⁷

Lage im Sudan im Fokus

Unterfinanzierung trotz Geberkonferenz

Seit Ausbruch der Gefechte zwischen den sudanesischen Streitkräften (SAF) und den RSF-Milizen am 15. April in Khartum stand die Lage im Sudan in mehreren Genfer Organisationen im Fokus. Bis zum 12. Juli 2023 zählte die Internationale Organisation für Migration (IOM) etwa 2,6 Mio. neue Binnenvertriebene (zusätzlich zu über 3,7 Mio. Men-

⁵ Mehr [hier](#), im Missing Migrants Project von IOM, mehr zum Boot vom 14. Juni [hier](#).

⁶ Resolution A/HRC/53/L.18 zu Menschenrechten von Migranten im Transit findet sich [hier](#).

⁷ WMO Pressekonferenz vom 10. Juli, siehe [hier](#) oder [hier](#).

schen, welche bereits zuvor im eigenen Land vertrieben waren) und über 757.320 Menschen auf der Flucht außerhalb der Grenzen des Sudans, v.a. in Ägypten (40%), dem Tschad (28%), im Südsudan (21%), in Äthiopien, der Zentralafrikanischen Republik und Libyen.⁸ Insgesamt sind 24,7 Mio. Menschen, gut die Hälfte der Bevölkerung im Sudan, auf humanitäre Hilfe angewiesen, 57% mehr gegenüber den Planungen des Amtes der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) von Anfang des Jahres. Bei einer hochrangigen Geberkonferenz am 19. Juni in Genf wurden bei einem Gesamtbedarf von 3,1 Mrd. USD lediglich Zusagen in Höhe von 1,52 Mrd. USD von insgesamt 31 Gebern gemacht.⁹ Co-Organisatoren waren neben den UN, der EU und der Afrikanischen Union auch Deutschland, Ägypten, Katar und Saudi-Arabien.

36. Sondersitzung des UN-Menschenrechtsrates zum Sudan

Neben den humanitären Organisationen wurde die Lage im Sudan u.a. auch im UN-Menschenrechtsrat debattiert, welcher auf Gesuchen des Vereinigten Königreichs, den USA, Deutschlands und Norwegens am 11. Mai zur 36. Sondersitzung zusammentrat.¹⁰ Außer von Kirgistan wurde die Sitzung von keinem weiteren Staat der afrikanischen oder Asien-Pazifik Gruppe unterstützt. Mit Verweis auf die fehlende Unterstützung und den potentiell negativen Einfluss auf Verhandlungsbemühungen rief der Sudan zur Abstimmung über einen Text auf, welcher das Mandat des designierten Experten für den Sudan, Radhouan Nouicer, stärken sollte. Von der Einrichtung einer Untersuchungskommission, wie von NGOs gefordert, wurde bereits abgesehen. Mit einer knappen Mehrheit von 18 zu 15 bei 14 Enthaltungen wurde Nouicer beauftragt, neben den Menschenrechtsverletzungen seit dem Putsch vom Oktober 2021 auch die Verletzungen nach Ausbruch der jüngsten Kämpfe detailliert zu überwachen und zu dokumentieren. Während der 53. regulären Sitzung wurde der fehlende Konsens um seine Mandats-

ausweitung erneut kritisiert. Im Fokus stand jedoch die sich weiter zuspitzende Lage, u.a. aufgrund wahlloser Luftangriffe, gezielter Angriffe auf zivile Infrastrukturen einschließlich Krankenhäuser und bestimmte ethnische Gruppen, sexueller Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Verschwindenlassen, Folter, Massenhinrichtungen oder des Einsatzes von Kindern im Konflikt. UN-Hochkommissar Türk verurteilte die eklatante Missachtung von humanitärem Völkerrecht und Menschenrechtsnormen, rief u.a. zur Einrichtung humanitärer Korridore auf und unterstrich nach wie vor seine Bereitschaft, mit beiden Seiten sprechen zu wollen. Mitte Juni ging das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) von mindestens 958 Toten und 4746 Verletzten aus.

Menschenrechte

53. UN-Menschenrechtsrat: Koranverbrennung und Frauenrechte im Fokus

Besondere Aufmerksamkeit während der 53. Tagung des UN-Menschenrechtsrats vom 19. Juni bis 14. Juli kam einer von Pakistan im Namen der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIZ) beantragten Dringlichkeitsdebatte zur jüngsten Koranverbrennung in Schweden zu.¹¹ Dies stellte den Versuch dar, eine alte Debatte zur Diffamierung von Religion wieder auf die Agenda des Rates zu setzen, welche erst im Jahr 2011 mit Resolution 16/18, dem Aktionsplan von Rabat und dem Istanbulprozess, zu dessen Implementation beigelegt worden war. Der Aktionsplan beinhaltet u.a. einen Schwellentest mit sechs konkreten Schritten zur Prüfung, bevor die Meinungs- und Redefreiheit gemäß Art. 20(2) des Zivilpaktes eingeschränkt werden darf. Mit 28 Ja- zu 12 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen wurde die pakistanische Resolution angenommen¹², nachdem Belgien zur Abstimmung aufgerufen hatte. Neben den im Rat vertretenen EU-Staaten stimmten zudem Montenegro, Costa Rica, die USA und das Vereinigte Königreich gegen den Text. Er fordert u.a. strengere Gesetze, Politiken und Strafverfolgungsmaß-

⁸ Der IOM Displacement Tracking Matrix (DTM) findet sich [hier](#).

⁹ Mehr Informationen zur Geberkonferenz findet sich [hier](#) und [hier](#), eine grafische Darstellung der Geber [hier](#).

¹⁰ Mehr zur Sondersitzung sowie die Resolution findet sich [hier](#) und zu ihren Unterstützern in der [Karte des Monats Mai 2023](#).

¹¹ Der Brief Pakistans findet sich [hier](#).

¹² Die Resolution und das Abstimmungsergebnis findet sich [hier](#), eine grafische Darstellung in der [Karte des Monats Juli](#).

nahmen im Kontext von religiösem Hass. Hochkommissar Türk, die Sonderberichterstatterin für Religions- oder Glaubensfreiheit Nazila Ghanea¹³ sowie v.a. Staaten der westlichen Gruppe gaben die delikate Balance zwischen dem Recht auf Meinungs- und Redefreiheit sowie auf Religionsfreiheit zu bedenken. Generelle Blasphemiegesetze seien mit dem Zivilpakt nicht vereinbar. Ghanea hatte einen Besuch in Schweden beantragt, welchem stattgegeben wurde. Auch OIZ-Generalsekretär Hissein Brahim Taha wurde nach Schweden eingeladen.

Die Junitagung zeigte auch an weiteren Debatten zu den insgesamt 30 verabschiedeten Resolutionen die zunehmende Stärke der OIZ, aber auch der VR China und der Afrikanischen Gruppe im Rat: So gab es erneut zahlreiche Änderungsanträge zu Texten zu Genderfragen sowie den Rechten von Frauen und Mädchen, welche traditionell im Zentrum der Junisitzung stehen. Zur Sprache kam auch die Lage in Afghanistan, der weltweit schlimmsten für Frauen und Mädchen, da sie unter geschlechtsspezifischer Verfolgung litten, welche auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit hinausläufe und sogar als „Gender-Apartheid“ charakterisiert werden könne, so Sonderberichterstatter Bennet und Estrada-Tanck von der Arbeitsgruppe zu Diskriminierung gegen Frauen und Mädchen.¹⁴ Erstmals sprach auch die im November eingerichtete Faktenfindungsmission (FFM) zum Iran. Im Kontext der Proteste verwiesen sie auf eine Regierungszahl von 22.000 begnadigten Demonstrierenden, welche auf eine weitaus höhere Zahl an Festnahmen schließen lässt und zunehmend auch Frauen und Mädchen beinhaltet, welche sich den Verschleierungsgesetzen widersetzen. Besorgniserregend sei hierbei u.a. der Einsatz von Technologie zur Gesichtserkennung. Insgesamt wurden bislang 26 Menschen im Zusammenhang mit den Protesten zum Tod der 22-jährigen Jina Mahsa Amini hingerichtet, Dutzenden weiteren droht die Todesstrafe.

Unter den verabschiedeten Resolutionen fand sich u.a. ein erneut von China eingebrachter Text

zum Recht auf Entwicklung, welcher einen entwicklungsbasierten Ansatz für Menschenrechte anstelle eines menschenrechtsbasierten Ansatzes für Entwicklung verfolgt. Der Rat verlängerte zudem das Mandat der Sonderberichterstatterin für Belarus, des Sonderberichtstatters zu Eritrea und beauftragte Türk mit der Ernennung eines unabhängigen Experten für Kolumbien. Das OHCHR wurde zudem beauftragt auf jeder Ratssitzung über ihre Arbeit in der Ukraine zu berichten¹⁵. Eine Neuerung war die Annahme der ersten Resolution zu einem menschenrechtsbasierten Ansatz zu künstlicher Intelligenz (KI)¹⁶. Dieser betraut das OHCHR u.a. mit der Erstellung eines Berichts zu Lücken und Herausforderungen der bisherigen Arbeit der Menschenrechtsmechanismen sowie mit Multi Stakeholder-Konsultationen zur Anwendung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte auf KI. Obgleich die Resolution im Konsens angenommen wurde, dissoziierte sich China vom Konsens und Indien von einem Paragraphen.

Hochkommissar Türk warb zudem für ein stärkeres und gut finanziertes OHCHR. Um Menschenrechte weltweit zu stärken visiere er die Dopplung seines bisherigen Budgets und letztlich ein Büro in jedem Land der Welt an. Besonderes Interesse zeigte er auch an China und Indien.

Globale Gesundheit

Pandemievereinbarung - 5. Treffen des INB

Die Fortsetzung des fünften Treffens des WHO-Gremiums zur Erarbeitung einer globalen Pandemievereinbarung (Intergovernmental Negotiating Body, INB) fand vom 12.-16. Juni 2023 hinter größtenteils für die Öffentlichkeit verschlossenen Türen statt. Die Mitglieder diskutierten erneut den sog. "Bureau's Text"¹⁷, der auf informellen und formellen Vorschlägen verschiedener Länder basiert und für strittige Abschnitte Optionen enthält. Die Länder der WHO-Region Afrika und zivilgesellschaftliche Organisationen äußerten Bedenken über die Abschwächung einiger Passagen zur Verteilungsgerechtigkeit im Vergleich zum vormaligen "Nullentwurf", der diesbezüglich auf erhebliche

¹³ Die Rede des Hochkommissars für Menschenrechte findet sich [hier](#), die von Nazila Ghanea [hier](#) (ab 15:00).

¹⁴ Mehr hierzu sowie der Bericht zu Afghanistan, [hier](#).

¹⁵ Mehr dazu auch in den [Karten des Monats Juli](#).

¹⁶ Resolution A/HRC/53/L.27/Rev.1 zu neuen Technologien sowie eine Übersicht mit allen weiteren Resolutionen und Abstimmungsergebnissen findet sich [hier](#).

¹⁷ Der derzeitige Textentwurf des INB findet Sie [hier](#).

Kritik der Industriestaaten gestoßen war. Die neuformierte „Group for Equity“¹⁸ unterstützte die Forderungen in Bezug auf Finanzierung, Technologietransfer und Aufbau von Produktionskapazitäten. Deutschland hingegen bedauerte, dass sich Teile des EU- Vorschlags nicht in den Optionen wiederfänden.

Der öffentliche Abschlussbericht blieb zum Inhalt der Verhandlungen stumm. Das INB entschied sich dieses Mal für informelle Verhandlungen in denen Differenzen klarer diskutiert wurden und es nicht lediglich zum Austausch der bekannten Positionen kam. Teilweise wurde die starre Blockbildung durchbrochen: Nicht für alle Entwicklungs- und Schwellenländer ist beispielsweise das Aufweichen des Patentschutzes ein unabdingbares Ziel. Der erste informelle Austausch konzentrierte sich auf Artikel 9 des Entwurfs (Forschung und Entwicklung, F&E) mit Mexiko und Norwegen als Vermittlern. Neben F&E standen auch der Zugang zu Pathogenen und einem Vorteilsausgleich (Art. 12) sowie die Verteilung medizinischer Gegenmaßnahmen (Lieferketten und Logistik, Art. 13) auf der Agenda. Darüber hinaus galt auch Artikel 11 (Gemeinsame Entwicklung und Transfer von Technologie und Know-how) als besonders heikel.

Die schwedische EU-Ratspräsidentschaft begrüßte den neuen informellen Prozess und schlug ein inklusives Durchführungsformat (hybrid) sowie die Einbeziehung von Experten vor, v.a. um auf die Kapazitäten kleinerer Delegationen stärker Rücksicht zu nehmen. Die nächste INB-Sitzung findet vom 17.-21. Juli 2023 statt. Auch wenn sich in den Diskussionen erste Bewegungen abzeichneten, so werten viele Diplomattinnen und Diplomaten die offizielle Frist – eine Einigung bis zur 77. Weltgesundheitsversammlung im Mai 2024 – weiter als außerordentlich ehrgeizig.

Launch der Plattform für Investitionen in die Gesundheit

Drei multilaterale Entwicklungsbanken und die WHO haben am 23. Juni 2023 in Paris die Plattform für Investitionen in die Gesundheit (Health Impact Investment Platform) ins Leben gerufen. Die Plattform stellt 1,5 Mrd. Euro an zinsgünstigen Darlehen und Zuschüssen für Länder mit niedrigem

und mittlerem Einkommen bereit, um die primäre Gesundheitsversorgung vor Ort auszubauen. Die afrikanische Entwicklungsbank, die Europäische Investitionsbank, die islamische Entwicklungsbank und die WHO sind Gründungsmitglieder. Die Plattform zielt darauf ab, die Reichweite und den Umfang der Gesundheitsdienste auszubauen, insbesondere für vulnerable Bevölkerungsgruppen. Die WHO wird als politischer Koordinator fungieren, um Finanzierungsentscheidungen mit nationalen Gesundheitsprioritäten abzustimmen. Die Plattform soll die Entwicklung von primärer Gesundheitsversorgung fördern, widerstandsfähigere Systeme schaffen und weitere Investitionen mobilisieren. Das langfristige Ziel besteht darin, den Zugang zu Gesundheitsdiensten zu verbessern und die nachhaltigen Entwicklungsziele im Gesundheitsbereich zu erreichen.

Rückzug des designierten Gavi-CEO

Sechs Wochen vor dem geplanten Amtsantritt gab die globale Impfallianz bekannt, dass Dr. Muhammad Pate nicht mehr für die Position des CEO zur Verfügung stünde. Anstelle von Pate wurde David Marlow, der Chief Operating Officer von Gavi, zum Interims-CEO ernannt. Pate will stattdessen eine Position in Nigeria übernehmen. Der Einstellungsprozess wird also wiederaufgenommen. Gleichzeitig diskutierte der Gavi-Verwaltungsrat über die Verwendung eines überschüssigen COVAX-Fonds in Höhe von 2,6 Mrd. USD: Ein knappes Drittel soll für die Weiterführung der COVID-19 Impfprogramms für Hochrisikogruppen verwendet werden. Die verbleibenden Mittel sollen zur Pandemievorsorge und -bekämpfung, u.a. Stärkung der Impfstoffproduktionskapazität in Afrika, eingesetzt werden.

111. Internationale Arbeitskonferenz

Vom 5. bis 16. Juni 2023 fand die 111. Internationale Arbeitskonferenz (IAK) statt, die jährlich Mitgliedstaaten, Arbeitgeber- und Arbeitnehmer zusammenbringt. Diese IAK war aus mehreren Gründen mit Spannung erwartet worden: Zum einen war es die erste IAK unter Vorsitz des neuen ILO-Generaldirektors Gilbert Houngbo. Zum anderen waren mehrere heikle Dossiers zu bewältigen. In

¹⁸ Eine Übersicht der beteiligten Länder findet sich [hier](#).

seiner Eröffnungsrede setzte der neue Generaldirektor erste Schwerpunkte und betonte die Notwendigkeit, die „Soziale Agenda“ in internationale, regionale und nationale Politiken fest zu integrieren. Eine weitere Priorität ist für ihn die „Globale Koalition für soziale Gerechtigkeit“, welche Umwelt-, Wirtschafts- und soziale Aspekte in den globalen Dialog einbringen soll.

Für Wirbel hatte im Vorfeld die Wahl der Leitung der IAK gesorgt: Der Arbeitsminister Katars, Samikh Al-Marri, wurde zum Präsidenten der 111. IAK gewählt. Diese Wahl hatte bei verschiedenen Seiten, v.a. bei Gewerkschaften, für einigen Unmut gesorgt - nicht zuletzt mit Blick auf die Kritik an Arbeitsstandards im Vorfeld der Fußball-WM der Männer 2022. Ein Grund für die Wahl: Das Vorschlagsrecht lag turnusmäßig bei den arabischen Staaten. Als Zugeständnis auf die Kritik v.a. seitens der Arbeitnehmervertreter soll im Sommer ein Besuch in Katar stattfinden, um die von der Regierung versprochenen Fortschritte zu überprüfen.

Der Programm- und Budgetentwurf der ILO musste zudem erstmals in der Geschichte der Organisation während der Konferenz zur Abstimmung gestellt werden. Hintergrund waren Formulierungen zur sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identifikation (SOGI) im Entwurf, die allerdings bereits in vergangenen Entwürfen aufgetaucht waren.¹⁹ Eine Koalition aus afrikanischen Staaten und der OIZ lehnte die Unterstützung der ILO für benachteiligte Gruppen, einschließl. LGBTIQ, in diesem Rahmen ab. Letztlich gelang es noch rechtzeitig, einen Kompromiss zu finden.

Die IAK nahm zudem eine Resolution wegen schwerer Verstöße gegen Arbeitsrechte in Belarus mit 301 gegen 54 Stimmen bei 108 Enthaltungen an.²⁰ Belarus wird darin aufgefordert, Gewerkschaftsführer freizulassen, die Repression gegen Gewerkschaften zu beenden und eine dreigliedrige ILO-Mission (d.h. aus Vertretern von Mitgliedstaaten, Arbeitnehmern und Arbeitgebern) zur

Überprüfung der Situation im Land zuzulassen. Diese außergewöhnliche Maßnahme (es gab nur einen vergleichbaren/ähnlichen Präzedenzfall in Myanmar) ermöglicht es dem Verwaltungsrat, der Konferenz jede geeignete Maßnahme zu empfehlen, um sicherzustellen, dass ein Mitglied den Empfehlungen nachkommt (Art. 33 der ILO-Verfassung).

Handel

Geistiges Eigentum: schleichende Ausweitung der TRIPS-Diskussion?

Mitte Juni trafen sich die WTO-Mitglieder im TRIPS-Rat, um über eine mögliche Ausweitung des Kompromisses zur Aussetzung der COVID-19 Impfstoffpatente auf Diagnostika und Therapeutika zu diskutieren. Nennenswerte Fortschritte gab es keine. Südafrika - einer der größten Befürworter der Aussetzung von Patentrechten - regte an, dass diese Diskussionen auch zusätzlich im Rahmen der E-Commerce Arbeitsgruppe stattfinden sollten. Forderungen nach Auflockerungen von geistigen Eigentumsregeln lassen sich in diversen Genter Organisationen immer häufiger beobachten. Die Ansprüche sind dabei häufig mit Gerechtigkeitsfragen verknüpft, wie z.B. Verteilungsgerechtigkeit von Vakzinen (WHO) oder ein Recht auf Entwicklung durch Wissenstransfers von geschützten Technologien (WTO).

Abkommen für Investitionserleichterungen auf der Zielgeraden

Am 6. Juli verkündeten die Co-Organisatoren - Chile und Südkorea - gemeinsam mit der WTO-Generaldirektorin Ngozi Okonjo-Iweala den Abschluss der Verhandlungen über ein Abkommen für Investitionserleichterungen für Entwicklung („investment facilitation for development (IFD) agreement“). Mit 112 Mitgliedern versammelte diese plurilaterale Initiative mehr als zwei Drittel der gesamten WTO-Mitgliedschaft²¹ und umfasste zudem aus über 70 Entwicklungsländern und 20 am wenigsten entwickelten Ländern. Der Abschluss

¹⁹ In der strittigen Klausel wurde die ILO verpflichtet, diejenigen zu unterstützen, „die von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen sind, einschließl. aus Gründen der Rasse, der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität“, und „Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit und der Gleichbehandlung durchzuführen“. Letztlich wurde der Text um einen

Vermerk ergänzt, der auf die Differenzen der Mitglieder verweist.

²⁰ Die Resolution findet sich [hier](#).

²¹ Die Initiative ist für alle WTO-Mitglieder offen.

der Verhandlungen dieser 2017 gestarteten Initiative war ursprünglich für Ende 2022 erwartet worden. Ziel der IFD ist es nun, die übrigen Mitglieder davon zu überzeugen, den Text als ein eigenständiges WTO-Abkommen anzunehmen, deren Anwendungsbereich sich auf alle Wirtschaftssektoren bezieht und dem sich alle Mitglieder anschließen können. Das Abkommen bezieht sich vorrangig auf Transparenzverpflichtungen zur Erleichterung und Stärkung von Investitionsflüssen, um insb. die Attraktivität von sich entwickelnden Märkten zu steigern.

Die Verhandlungen vor der nächsten Ministerkonferenz im Februar 2024 in den Vereinigten Arabischen Emiraten werden ein Gradmesser dafür sein, wie zugänglich die Gegner von plurilateralen Initiativen (insb. Indien und Südafrika) für eine Aufnahme des Textvorschlags in das WTO-Regelwerk sind und welche Zugeständnisse diese Akteure dafür im Gegenzug einfordern könnten. Dies ist auch im Hinblick auf andere plurilaterale Initiativen, wie z.B. der Joint Statement Initiative über E-Commerce, bedeutsam.

WTO-Fischereiabkommen

Das im Juni 2022 verabschiedete Übereinkommen zur Begrenzung von Fischereisubventionen wurde nach aktuellstem Stand von 40 Mitgliedern ratifiziert (13 Mitglieder + 27 EU-Mitgliedsstaaten).²² Um in Kraft zu treten, muss das Übereinkommen von zwei Dritteln (d.h. 110) aller WTO-Mitglieder ratifiziert werden.

US-Statement zur WTO-Streitschlichtung

Am 5. Juli veröffentlichte die US-Vertretung ein Statement zu den aktuellen informellen Gesprächen zur Reformierung des Streitschlichtungssystems. Das Positionspapier unterstreicht, dass die beratende Funktion der Organisation gestützt werden soll und nicht durch eine «übergriffige» Schiedsinstanz geschwächt werden darf. Dazu gehört auch die zeitnahe Beilegung von Verfahren. Außerdem dürften Schiedsentscheidungen nicht zur Änderung von Verpflichtungen führen, die aus WTO-Übereinkommen folgen. Generell wurde den souveränen Rechten der Mitglieder ein wichtiger

Platz eingeräumt (z.B. zum Schutz von Arbeitern, Menschenrechten und Gesundheit). Damit gab es zwar eine von anderen WTO-Mitgliedern geforderte Positionierung der USA, die inhaltlichen Forderungen Washingtons selbst trafen aber auf ein sehr reserviertes Echo.

Aufkündigung des Getreideabkommens

Die WTO-Generaldirektorin veröffentlichte am 18. Juli ein Statement zu Russlands Aufkündigung des Schwarzmeer-Getreideabkommens vom 17. Juli 2023. Sie forderte, dass globale Ernährungssicherheit nicht zur Kriegsgeißel werden dürfe. Zur Abfederung der ohnehin bereits enormen Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Bevölkerung in den ärmsten Ländern der Welt rief sie «alle Parteien» (um Russland nicht zu nennen) dazu auf, zurück an den Verhandlungstisch zu kommen.

Digitales

AI for Good Gipfel: In Genf sind die Roboter los

Vom 6. bis 7. Juli lud die Internationale Fernmeldeunion (ITU) zum jährlichen AI for Good Summit nach Genf ein. Das Treffen findet seit 2017 jährlich statt und versammelte bisher eher politische Akteure aus Staats- und zivilgesellschaftlichen sowie UN-Kreisen, um über die Möglichkeiten von künstlicher Intelligenz (KI) zur Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele zu diskutieren. Dieses Jahr fand das Gipfeltreffen jedoch unter neuen Vorzeichen statt: ChatGPT und sog. generative KI sind in den vergangenen Monaten in den Fokus der Aufmerksamkeit geraten und sorgten somit für neuen Schwung und großes Interesse für die ITU-Diskussionen rund um ethische Fragen von KI sowie die Erforschung neuer Anwendungsfelder. UN-Generalsekretär Guterres und die Generalsekretärin der ITU, Doreen Bogdan-Martin, verwiesen darauf, dass die Nutzung von KI-Anwendungen inzwischen bereits unabdingbar zur Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele bis 2030 sei.²³ Die Generalsekretärin bemerkte außerdem, dass die globale Gemeinschaft an einem kritischen Punkt sei. Es

²² Mehr findet sich [hier](#).

²³ Bereits jetzt sind schon über 40 VN-Organisationen an der AI for Good-Plattform beteiligt und nutzen diese zur gegenseitigen Unterstützung und Vernetzung

gehe darum, globale Regeln und Governance-Rahmen zu setzen, die einerseits innovationsfördernd und andererseits Leitplanken für ethische, sicherheitsrelevante Anliegen adressieren. Ein weiterer wichtiger Punkt sei dabei die Frage nach der Rechenschaftspflicht. Neben vieler Regulierungsansätze, wie dem sog. AI Act der EU, verwiesen Gäste und Panelisten immer wieder auf die UNESCO-Empfehlung von KI-Ethik,²⁴ dem bisher einzigen und universell geltenden Standard für ethische KI. Themen rund um KI in globaler Gesundheit, die Regulierung von KI sowie dem gemeinschaftlichen Nutzen, um Antworten auf die globalen Probleme unserer Zeit zu finden, allen voran des Klimawandels sowie die zunehmende Anzahl von Konflikten, waren die Kernthemen und somit roter Faden des Gipfeltreffens. Dabei war die Erkenntnis, dass einige Probleme der Welt nur mit Hilfe von KI gelöst werden können, omnipräsent. Allerdings stellten viele Expertinnen und Experten in den Paneldiskussionen fest, dass das KI-Fachwissen alleine nicht ausreicht und auch Experten anderer Themenfelder in der Weiterentwicklung von KI benötigt werden. In sehr offenen Debatten gaben sich die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer hoffnungsvoll, dass bestimmte negative Tendenzen noch in den Griff zu bekommen seien und so das Potenzial von KI für Positives eingesetzt werden könne.

Die diesjährige Ausgabe des Treffens stach ebenfalls durch die Teilnahme vieler namhafter KI-Hersteller, wie z.B. Boston Dynamics, Sophia (einem der ersten humanoiden Roboter) und einer Reihe von Assistenz-Robotern (z.B. Krankenpfleger), heraus. Die Konferenz wartete u.a. auch mit einer

Weltpremiere auf: Eine von KI-betriebenen Robotern gegebene Pressekonferenz.²⁵

Frieden und Sicherheit

Am 27. Juni übernahm Deutschland von Frankreich den Vorsitz der Abrüstungskonferenz, welchen es bis Ende August innehaben wird. Folgend auf ein Retreat der Delegierten Mitte Juni im Schweizer Montreux wird u.a. ein Bericht vom UN-Institut für Abrüstungsforschung (UNIDIR) erwartet, welcher Vorschläge für eine bessere und effektive Arbeitsweise der Konferenz macht, insbesondere in den Punkten Organisationsstruktur, Mitglieder und Teilnahme, operative Arbeit, aber auch zur Abrüstungsmaschinerie im Allgemeinen. Weitere Prioritäten im Arbeitsprogramm sind u.a. Gespräche mit jungen Menschen, Künstliche Intelligenz, die neue Agenda für Frieden sowie Verifikationsmechanismen für die nukleare Abrüstung.

Analyse

Seit rund anderthalb Jahren lehnen in vielen Genfer Organisationen (WHO, Menschenrechtsrat, ILO, etc.) nicht nur aber vor allem afrikanische und arabische Länder vermehrt Formulierungen ab, die Passagen zu sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität enthalten. Die Krise um das ILO-Budget ist hier nur ein weiteres Kapitel. Diese Vorbehalte sind nicht neu, werden jetzt aber konsequenter und mit mehr Virulenz vorgetragen.

Wie sich die verabschiedete Resolution zur Koranverbrennung auf künftige Diskussionen im Menschenrechtsrat auswirken wird, ist noch nicht absehbar. Die Frage nach der Balance zwischen Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit könnte aber künftig öfter auf der Tagesordnung stehen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Olaf Wientzek
Leiter Multilateraler Dialog Genf
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
olaf.wientzek@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>)

²⁴ Mehr findet sich [hier](#).

²⁵ Mehr dazu [hier](#).